



socialement vôtre



klar.sozial

SPERRFRIST: 4. Mai 2009, 11 Uhr

Gemeinsame Stellungnahme

der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern,
der Parti socialiste du Jura bernois
und der Parti socialiste romand de Bienne

betreffend den Schlussbericht der institutionellen Studie der Interjurassischen Versammlung

1 PRÄAMBEL

1.1 Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SPBE)

„Wir setzen uns ein für einen starken Rechtsstaat, weil allein dieser schwache Mitglieder der Gesellschaft schützen und dafür sorgen kann, dass die Regeln von allen eingehalten werden. Nur ein starker Rechtsstaat kann die Grundrechte garantieren.

Wir sind eine demokratische Partei; wir akzeptieren Minderheiten, die in einer fairen und offenen Auseinandersetzung entstanden sind. Aufgrund unserer demokratischen Überzeugung setzen wir uns konsequent für das Primat der Politik ein. Wir stehen ein für einen zweisprachigen Kanton, der die Brückenfunktion zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz aktiv wahrnimmt.“¹

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SPBE) bekräftigt im Parteiprogramm von 2007 die Werte, für die sie einsteht, und legt ihre politischen Ziele in 20 Thesen nieder. Das Bestreben, den nächsten Generationen eine faire Gesellschaft und einen starken Rechtsstaat zu hinterlassen, welcher die grundlegenden Werte und Rechte garantiert, führte die SP des Kantons Berns logischerweise auch zur Auseinandersetzung mit den Fragen des innerkantonalen Zusammenhalts und der Stellung des Kantons innerhalb der Eidgenossenschaft. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stehen die Bedeutung und die Autonomie der Regionen sowie der Wert der Kantons Grenzen; ihr Ziel ist es, die harmonische Entwicklung des gesamten Kantonsgebiets zu fördern.

1.2 Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)

Die **Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)** hat die Arbeit der Interjurassischen Versammlung (IJV) aus nächster Nähe mit verfolgt, da einige ihrer Mitglieder zur Berner Delegation gehörten. Die PSJB befürwortet in diesem Dossier einen pragmatischen und vernünftigen Weg und hat wie folgt Stellung bezogen: *„Die Integration des Berner Juras - einer Industrieregion ohne grosse Zentren - in die stark urbanisierte und weitgehend dienstleistungsorientierte Schweiz erfordert Überlegungen über die sich ergänzenden Rollen und über Bündnisse mit veränderlicher Geometrie. Wir müssen in der Lage sein, die nahe gelegene Sprachgrenze zu einem Trumpf statt einer Hürde für unsere Entwicklung zu machen. Schliesslich muss der Kanton Bern im gesamtschweizerischen Interesse an die Westschweiz angebunden und demnach zweisprachig bleiben.“²* Die PSJB vertritt die Auffassung, dass der Berner Jura seine Entwicklung ergänzend zu derjenigen der städtischen Pole Biel, La Chaux-de-Fonds, Neuenburg und sogar Basel und Bern vorantreiben soll.

¹ Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, August 2007, S. 5.

² Pressemitteilung der PSJB vom 8. Juli 2007 (Original französisch).

1.3 Parti socialiste romand de Bienne (PSR)

Die **Parti socialiste romand de Bienne (PSR)** hat gestützt auf die Feststellung, dass kein/e Vertreter/in aus Biel zur Delegation der IJV gehörte, die Arbeiten der IJV mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. Sie bedauert, dass die Situation Biels in den Überlegungen der IJV nicht berücksichtigt wurde. Die PSR ist gegenüber den Folgen der Entscheide, die der Berner Jura treffen wird, nicht gleichgültig, denn das Schicksal der französischsprachigen Bevölkerung Biels und des Kantons Bern ist eng mit jenem des Berner Juras verbunden. Die PSR hat bis zur Veröffentlichung des Berichts der IJV eine neutrale Haltung bewiesen. Sie hat die Aufgabe, die Interessen der französischsprachigen Bevölkerung Biels zu vertreten, die gut einem Drittel derjenigen des Berner Juras entspricht.

1.4. Gemeinsame Stellungnahme

Die SPBE, die PSJB und die PSR haben den Schlussbericht der IJV mit grosser Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Nach der Analyse der dem Regierungsrat unterbreiteten Vorschläge haben sie die folgenden Überlegungen angestellt, aus denen auch ihre Schlussfolgerungen hervorgehen.

Die SPBE, die PSJB und die PSR vertreten in jedem Fall die Auffassung, dass es in erster Linie der Bevölkerung des Berner Juras zukommt, sich zu den Schlussfolgerungen des IJV-Berichts zu äussern.

2 GESCHICHTLICHER ABRISS

2.1 Vereinbarung zwischen dem Bundesrat, dem Regierungsrat des Kantons Bern und der Regierung der Republik und Kanton Jura betreffend die Institutionalisierung des interjurassischen Dialogs und die Bildung der Interjurassischen Versammlung (IJV) vom 25. März 1994

Am 25. März 1994 schlossen der Bundesrat, der Regierungsrat des Kantons Bern und die Regierung der Republik und Kanton Jura eine *Vereinbarung betreffend die Institutionalisierung des interjurassischen Dialogs und die Bildung der Interjurassischen Versammlung (IJV)* ab. Die IJV hat die Aufgabe, eine Annäherung der beiden jurassischen Gemeinschaften herbeizuführen. Dazu fördert sie gestützt auf den Versöhnungswillen der Kantonsregierungen die Zusammenarbeit auf allen Ebenen und führt einen echten **Dialog** – den eigentlichen Eckstein der Massnahmen – ein, und zwar die IJV, deren Ziel es ist, den Jurakonflikt politisch beizulegen.

Das Mandat der IJV ist **allgemein** formuliert, um für die Zukunft Möglichkeiten offen zu lassen. „*Sie (die jurassische Regierung) hat die Absicht, ihrem fundamentalen Grundsatz des Dialogs treu zu bleiben. Dabei (...) macht der Kanton Jura ein grosses Zugeständnis, (...) indem er den Berner Jura als wie in der neuen Berner Kantonsverfassung definierte Gebietskörperschaft anerkennt. Tatsächlich kann ein echter interjurassischer Dialog zwischen den beiden Parteien nur dann aufgenommen werden, wenn sich der Berner Jura und der Kanton Jura gegenseitig anerkennen. Da sich der Kanton Jura zur Aufnahme des Dialogs verpflichtet, muss er selbstverständlich bereit sein, auf das Wiedervereinigungsgesetz UNIR zu verzichten. So erachtet er die Wiedervereinigung als langfristige Perspektive, die es zu prüfen gilt, sofern sich die Partner dazu entschliessen.*

(...) Der bernische Regierungsrat anerkennt seinerseits die Interessengemeinschaft, welche die beiden Teile der jurassischen Region verbindet. Dieser Aspekt bildet den Grundpfeiler des Dialogs, ohne den das vorrangige Ziel nicht erreicht werden kann und dank dem die politischen Nachwehen früherer Meinungsverschiedenheiten beigelegt werden können. Um dies zu erreichen, ermöglicht es der Kanton Bern dem Berner Jura, seine Identität zu finden und seine eigene Zukunft zu gestalten. Ausserdem ist der bernische Regierungsrat der Ansicht, dass die Interessengemeinschaft nicht notwendigerweise und definitiv auf Kanton Jura und Berner Jura zu beschränken ist: Eine Ausweitung auf andere Regionen darf nicht ausgeschlossen werden. Nach Ansicht des Regierungsrates ist ein Dialog ohne Beteiligung der autonomistischen Minderheit, deren Rechte er anerkennt, nicht denkbar. Er hat daher die Absicht, die Autonomisten ebenfalls am vorgesehenen Verfahren teilhaben zu lassen“.³

³ Vereinbarung zwischen dem Bundesrat, dem Regierungsrat des Kantons Bern und der Regierung der Republik und Kanton Jura betreffend die Institutionalisierung des interjurassischen Dialogs und die Bildung der Interjurassischen Versammlung (IJV) vom 25. März 1994, S. 1-2.

Diese Vereinbarung sieht demnach den Aufbau eines **neuen Projekts** vor. Die Krise der 90-er Jahre hat die Randregionen der Schweiz stark in Mitleidenschaft gezogen: Die Arbeitslosenrate ist höher als anderswo; das Angebot des öffentlichen Verkehrs ist gefährdet; die Umwälzungen in Beruf und Gesellschaft sowie neu heranwachsende Generationen schaffen neue Bedürfnisse; und schliesslich eröffnet der Aufbau Europas neue Horizonte. So werden Hoffnungen auf die **wirksame und offene Zusammenarbeit** zwischen den beiden Partnern gesetzt. Beide Beteiligten erklären eine Zusammenarbeit in allen Bereichen für wünschenswert: „Wirtschaft, Bildung, Kultur, Verkehr, Gesundheitswesen, Sicherheit, Raumplanung usw.“⁴

Die Vereinbarung sieht vor, den beiden Kantonsregierungen **Anträge** zur Beurteilung und Realisierung zu unterbreiten. Der Dialog als zielführender Prozess wird demnach als möglicher Weg gesehen, um den dringend notwendigen Aufschwung im gesamten Jura herbeizuführen. „Die Konzertation wird es in der Tat ermöglichen, die Grenzen stark zu relativieren, und dazu beitragen, die progressive Autonomie des Berner Juras zu fördern. Dieses Vorgehen, an dem die autonomistische Minderheit teilnimmt, wird die Vitalität des Gebiets stärken. Seit März 1993 weisen zahlreiche Erklärungen in diese Richtung. Obwohl damit nicht alle Probleme auf einen Schlag gelöst werden, kann doch ein für die Zukunft entscheidender Schritt unternommen werden.“⁵

2.2 Die Interjurassische Versammlung (IJV) und ihr Mandat

Die aus der Vereinbarung vom 25. März hervorgegangene IJV wird zum Forum des institutionalisierten Dialogs. Das allgemein formulierte Mandat lässt sich in den folgenden Punkten zusammenfassen. Die IJV hat zum Ziel,

- a) *in den verschiedenen Kreisen und Organen des Kantons Jura und des Berner Juras sowie zwischen den Jurassiern auf beiden Seiten der Kantonsgrenzen den Dialog über die Zukunft der jurassischen Gemeinschaft zu fördern;*
- b) *Vorschläge für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Jura und dem Berner Jura in genau umschriebenen Aufträgen und konkreten Projekten zu unterbreiten und*
- c) *Vorschläge für das Instrumentarium der Zusammenarbeit zu machen, wie etwa gemeinsame Übereinkommen oder Institutionen. Die Interjurassische Versammlung hat das Recht, sämtliche Sachthemen aufzugreifen, deren Behandlung sie als nützlich erachtet. Sie bestimmt die Prioritäten.*

Der Präsident oder die Präsidentin der IJV wird vom Bundesrat ernannt. Die Versammlung setzt sich aus 24 Mitgliedern zusammen (12 Mitglieder pro Kanton). Sie bestimmt zwei Kopräsidenten/innen. Die IJV hat seit ihrer Gründung über 80 Male getagt. Um Gültigkeit zu erlangen, bedürfen die Entscheide der IJV der Zustimmung der Mehrheit beider Delegationen. Gleichzeitig zur Annahme von Resolutionen zu „Sachthemen“ prüft die IJV auf Anregung der Kommission „Institutionen“ Fragen betreffend der politischen Strukturen.

2.3 Gemeinsamer Auftrag des Regierungsrates des Kantons Bern und der Regierung der Republik und Kanton Jura an die Interjurassische Versammlung (IJV), unter der Ägide des Bundesrates, eine Studie über die institutionelle Zukunft der interjurassischen Region durchzuführen

Nach der Annahme der Initiative „Un seul Jura“ durch das jurassische Parlament wurden die Arbeiten der IJV unterbrochen. Die Versammlung ersuchte die beiden betroffenen Regierungen, sich zu den Folgen der neuen Situation zu äussern. Am 7. September 2005 wurde die Vereinbarung vom 25. März 1994 bestätigt und das der IJV erteilte Mandat unter der Ägide des Bundes ergänzt.⁶ Der Auftrag betrifft eine institutionelle Studie in drei Teilen:

1. *die Studie „eines institutionell neuen politischen Gebildes in Form eines Kantons mit sechs Bezirken“;*
2. *die Studie der „Auswirkungen der direkten Partnerschaft, die sich aus den gemeinsamen interjurassischen Institutionen und dem Sonderstatut des Berner Juras ergeben“;*

⁴ Vereinbarung zwischen dem Bundesrat, dem Regierungsrat des Kantons Bern und der Regierung der Republik und Kanton Jura betreffend die Institutionalisierung des interjurassischen Dialogs und die Bildung der Interjurassischen Versammlung (IJV) vom 25. März 1994, S. 2.

⁵ Idem.

⁶ Am 7. September 2005 bedingt erteilter und im April 2006 bestätigter Auftrag.

3. die Studie „anderer prüfenswerter Möglichkeiten, die von der IJV erkannt werden.“⁷

Der Auftrag verlangt von der IJV, „das Ergebnis dieser Studien sowie eine Bilanz mit einem Vergleich der Vor- und Nachteile“ vorzulegen. Die Arbeiten beruhen auf dem „Bezugsrahmen für die institutionelle Studie der IJV“, welcher die Vorbereitungen zusammenfasst, die Arbeitsmethode festlegt und einen detaillierten Zeitplan vorschlägt.

2.4 Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (SStG)

Das von der IJV genehmigte SStG ermöglichte die Gründung zweier regionaler Räte: Bernjurassischer Rat (BJR) und Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB). Die beiden Räte wurden im Juni 2006 gleichzeitig geschaffen. Sie setzen sich bei gegebenem Anlass mit vereinten Kräften für gemeinsame Interessen ein und haben Befürchtungen zerstreut, wonach zwei getrennte Gebilde den Interessen der Region schaden könnten.

2.5 Heutige Situation

Angesichts der vorherigen Ausführungen ist festzustellen, dass sich die Lage seit 1994 verändert hat.

- Der Auftrag an die IJV wurde 2005 nach der Initiative des Jura-Parlaments „*Un seul Jura*“ präzisiert. Es wurden drei Optionen aufgeführt, u.a. ein Gebilde mit sechs Bezirken. Dank den Bemühungen der IJV wurde der **interjurassische Dialog** trotz der potenziellen Gefährdung **aufrechterhalten**. Dies ist auf den gemeinsamen Willen zurückzuführen, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen.
- Die beiden neu gegründeten Räte geben der Bevölkerung des Berner Juras und den französischsprachigen BewohnerInnen Biels mit ihrer Arbeit die Sicherheit, Aufmerksamkeit und Gehör zu erhalten. Es hat sich ein ausgezeichnete, für die gesamte Region förderlicher **Kooperationsgeist** entwickelt.
- Im „Aide-mémoire de l'AIJ“ ist festzustellen, dass die Kantonsgrenzen weder die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der beiden Kantone noch die institutionelle Zusammenarbeit im gesamten Raum BEJEUNE beeinträchtigt haben – ein Beweis dafür, dass **Grenzen relativ sein oder relativiert werden** können. Nicht zu vergessen ist die Möglichkeit, dass die Grenzen mit den anderen Nachbarkantonen und mit dem benachbarten Frankreich ebenfalls durchlässiger werden könnten.

2.6 Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois (BBSJB)

Im Juni 2007 stimmten die Berner Stimmberechtigten der Umsetzung der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) zu. Künftig können in den sechs Regionen des Kantons Regionalkonferenzen gegründet werden. Die Vorstände der Konferenz der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (CMJB) und des Vereins seeland.biel/bienne (sbb) liessen mit einer Studie das Modell einer Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois (BBSJB) ausarbeiten; worüber das Volk zu gegebener Zeit abstimmen wird. Die Schaffung dieser Regionalkonferenz soll die Entwicklung im nördlichen Kantonsteil in gegenseitiger Abstimmung und Harmonie gewährleisten. Sie wird in der Diskussion nach der Veröffentlichung des IJV-Berichts einen zentralen Stellenwert einnehmen.

⁷ Gemeinsamer Auftrag vom 7. Oktober 2005 des Regierungsrates des Kantons Bern und der Regierung der Republik und Kanton Jura an die Interjurassische Versammlung (IJV), unter der Ägide des Bundesrates, eine Studie über die institutionelle Zukunft der interjurassischen Region durchzuführen (Original französisch).

3 SCHLUSSBERICHT DER INSTITUTIONELLEN STUDIE DER IJV

3.1 Einführung

Die IJV schlägt in ihrem Schlussbericht unter Einhaltung ihres Auftrags drei Optionen vor:

- Status quo
- Status quo +
- Gebilde mit sechs Gemeinden.

Die SPBE, die PSJB und die PSR möchten zu diesen Vorschlägen unter Berücksichtigung der für sie grundlegenden Elemente Position beziehen, ohne den Bericht der IJV neu aufzurollen. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stehen die Interessen der Bevölkerung und die Entwicklung der Region. So soll jede Option nach Massgabe der Lebensqualität der Bewohner in diesem Teil der Schweiz sowie mit Blick auf die Vorteile der einzelnen Lösungsvorschläge gemessen werden; auch die Umwelt soll dabei berücksichtigt werden.

Entsprechend ihrem Auftrag befasste sich die IJV in ihren Arbeiten nicht mit den Auswirkungen der vorgeschlagenen Lösungen auf die Zukunft des Landes, des gesamten Kantons Bern und der Stadt Biel. Nach Auffassung der SPBE, der PSJB und der PSR werden die erwogenen Vorschläge aber auf diesen drei Ebenen wesentliche Konsequenzen haben. Unsere Parteien stützten sich auf klare Beurteilungskriterien ab, um ihre Stellungnahme rationell zu untermauern.

3.2 Beurteilungskriterien

3.2.1 Interessen der Bevölkerung der Region

Die SPBE, die PSJB und die PSR gehen in ihren Überlegungen davon aus, dass sich die Zukunft des Berner Juras kaum von jener der Bieler Agglomeration und des gesamten Jurabogens (Arc jurassien) trennen lässt, und verwenden diesen Begriff in ihrer Stellungnahme bewusst.

3.2.1.1 Frieden für die Region

Nach 30 Jahren politischer Diskussionen und Auseinandersetzungen setzen die SPBE, die PSJB und die PSR auf **Frieden**, der die unverzichtbare Grundlage für die Entwicklung der Region bildet. Es ist ihr Wunsch, dass sich alle tragenden Kräfte gerade in der bevorstehenden wirtschaftlich harten Zeit dafür engagieren. Mehr denn je wünschen sie fruchtlose Konfrontationen zu vermeiden: Zwietracht bedeutet eine Schwächung in jeder Hinsicht, weil viel Energie, die alle Parteien benötigen, verloren geht. Deshalb begrüssen sie es, dass es der IJV gelungen ist, seit Beginn der Arbeiten ein Klima des Dialogs, der gegenseitigen Abstimmung und des Friedens zu wahren.

3.2.1.2 Wohlergehen der Bevölkerung

Für die SPBE, die PSJB und die PSR hat das Wohlergehen der Bevölkerung klaren Vorrang. Die Bedürfnisse der Bevölkerung stehen im Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Die SPBE, die PSJB und die PSR bezwecken vor allem die Unterstützung der Entwicklung der Region in den folgenden Bereichen:

- Wirtschaft;
- Bildung;
- Soziales;
- Gesundheit;
- Kultur.

Sie setzen auf eine Entwicklung, die Arbeitsplätze garantiert und die Umwelt schützt, auf soziale Sicherheit für alle und Chancengleichheit in der Bildung. Für die SPBE, die PSJB und die PSR muss die gewählte Piste diese für die Bevölkerung des Berner Juras und der gesamten Region wesentlichen Interessen unbedingt berücksichtigen. Die Wirklichkeit zeigt jedoch, dass sich diese Ziele nur in einer sehr breiten regionalen Zusammenarbeit verfolgen lassen:

- Der Arbeitsmarkt ist labil und die Lage könnte sich in den kommenden Monaten und Jahren weiter verschlechtern; Wirtschaftsförderung muss auf regionaler Ebene betrieben werden; vor

diesem Hintergrund spielt die Bieler Agglomeration als Wirtschaftszentrum eine wichtige Rolle;

- das Angebot an nachobligatorischen Ausbildungen wird derzeit umstrukturiert; um die einzelnen Bildungserwartungen zu erfüllen, muss das Angebot auf der Ebene des Jurabogens, unter Einbezug der Bieler Schulen, konzipiert werden;
- die Beibehaltung der Ausbildung auf Tertiärstufe (FH) im Jurabogen ist nur in Abstimmung und mit Unterstützung des Kantons Bern möglich; Biel ist davon auch betroffen (PH);
- der Gesundheitsbereich befindet sich im Wandel; der Kostenanstieg hat Zusammenlegungen von Pflegeabteilungen, interregionale Zusammenarbeit oder noch weitergehende Umstrukturierungen zur Folge;
- auch die Kultureinrichtungen sind mit wirtschaftlichen Zwängen konfrontiert und müssen ihre Arbeit vermehrt koordinieren;
- schliesslich erfordert die nachhaltige Entwicklung eine Koordinierung der Projekte über alle Grenzen hinweg.

3.2.2 Entwicklung der Region

3.2.2.1 Entwicklung des Berner Juras innerhalb des Jurabogens (Arc jurassien)

Angesichts der vorherigen Ausführungen steht für die SPBE, die PSJB und die PSR ausser Zweifel, dass die BewohnerInnen des Berner Juras, des Jurabogens (Arc jurassien) und der Bieler Agglomeration die gleichen Interessen teilen – in Sachen Wirtschaft, Schule, Soziales, Gesundheit oder Kultur (vgl. Punkt 3.2.1.2). In den Augen der SPBE, der PSJB und der PSR ist die Beibehaltung und Festigung der Beziehungen des Berner Juras mit dem Kanton Jura sowie mit den anderen Nachbarregionen für die Entwicklung unverzichtbar. Somit müssen die bestehenden oder künftigen gemeinsamen Institutionen sowie alle etablierten Kooperationen gefestigt bzw. entwickelt werden. Die IJV hat mit ihrer Arbeit Verbindungen geschaffen und zur Harmonie zwischen den beiden Regionen beitragen; dies muss unabhängig von den gewählten Optionen andauern.

3.2.2.2 Entwicklung des Berner Juras innerhalb der künftigen Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura Bernois (BBJSB) und Verhältnis mit der Stadt Biel

Die Verbindung zwischen dem Berner Jura und Biel ist für die Entwicklung der gesamten Region – Jurabogen (Arc jurassien), Berner Jura, französischsprachige Gemeinschaft der Bieler Agglomeration und Stadt Biel – von grundlegender Bedeutung. Die französischsprachige Bevölkerung von Biel und der Region hat in der sich abzeichnenden Agglomerationspolitik eine Rolle zu spielen. Die Regionalkonferenz (vgl. Punkt 2.6), die demnächst entstehen soll, wird die Zukunft der Region prägen. Zweifellos bildet sie künftig den Motor der Entwicklung, denn sie wird sich mit den verschiedensten Aufgaben befassen: Stadt- und Regionalplanung, Verkehr, Kultur und Regionalpolitik unter Wahrung der Identität und der Sprachenvielfalt, die sie umfasst, da ja die administrative Autonomie des Berner Juras erhalten bleibt. Die Herausforderung ist ehrgeizig und äusserst interessant: Es geht um die Berücksichtigung der Interessen einer zweisprachigen Region, die vom Seeland bis zum Jura reicht und eine städtische wie ländliche Bevölkerung umfasst.

Die Vorstände des Vereins seeland.biel/bienne und der Konferenz der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten des Berner Juras und des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (sbb und CMJB)⁸ führen in ihrem Bericht die Vor- und Nachteile der Bildung einer Regionalkonferenz für den nördlichen Berner Kantonsteil auf:

Vorteile

- *Die Bündelung der Kräfte (115 Gemeinden, 207'000 Einwohner) macht die Region auf Ebene des Kantons, des Jurabogens und der Schweiz wirtschaftlich wettbewerbsfähig und verleiht ihr entscheidende Trümpfe;*
- *die Regionalkonferenz erschliesst neue Perspektiven und ermöglicht die Verwirklichung von ehrgeizigeren Projekten;*
- *verbindliche Entscheidungen können schneller getroffen werden;*
- *die demokratische Mitwirkung (Gemeinden, Bevölkerung) ist gewährleistet;*
- *die Regionalpolitik wird global: Sie bindet Städte und ländliche Gegenden in eine einzige Strategie ein.*

⁸ Modellvorschlag für eine Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois, S. 18.

Nachteile:

- Komplexe Strukturen;
- hohe Anforderungen an die Abgeordneten;
- Partnerschaften zwischen ungleich starken, sprachlich und kulturell unterschiedlichen Partnern innerhalb eines einzigen Gebildes;
- keine Garantie für bürgernahe Politiken.

Der Bericht erwähnt auch die Position der IJV zur künftigen Regionalkonferenz und insbesondere zur so genannten „Staus quo+“-Option. *„Diese Option verzichtet auf die Bildung einer Teilkonferenz für den Berner Jura und schlägt statt dessen vor, unter der Ägide des BJR eine Koordinierungsplattform einzurichten, damit die Vertreter der Gemeinden und der Bernjurassische Rat eine klare Politik für den Berner Jura ausarbeiten können. Die Option steht offensichtlich im Widerspruch zum bislang von der Konferenz der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten bekundeten Willen, eine Teilkonferenz für den Berner Jura zu gründen. Sie darf aber nicht als Hindernis für die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe gesehen werden, denn im Grunde soll die Teilkonferenz ja nicht einfach abgeschafft, sondern umgewandelt werden. Falls die Kreise des Berner Juras diese Option politisch unterstützen, wird die „gesetzliche Machbarkeit“ zu gegebener Zeit zu prüfen sein.“*⁹

Das Thema Agglomerationspolitik ist im ganzen Kanton Bern und auch anderswo aktuell. Es bietet eine neue Sichtweise zum Stadt-Land-Verhältnis, insbesondere in der Gegend am Jurafuss. Die Einführung der Regionalkonferenz (BBJSB) ist für die SPBE, die PSJB und die PSR von grossem Interesse, weil sie die Verbindungen zwischen der Bieler Agglomeration, dem Berner Jura und dem Seeland klären wird. Die vielversprechenden Schlussfolgerungen des Berichts¹⁰ lassen die Verwirklichung eines konkreten Projektes im Rahmen einer Wachstums- und Entwicklungsstrategie im Geist der Zusammenarbeit erahnen. Die kulturellen Gefässe (und Identitäten) sollen beachtet werden, ohne die Zweisprachigkeit in Gefahr zu bringen.

3.2.3 Überregionale Auswirkungen

3.2.3.1 Bedeutung des Berner Juras für den Kanton Bern

Die Zweisprachigkeit des Kantons Bern wird heute als Trumpf und als Brückenschlag zwischen zwei sich gegenseitig bereichernden Kulturen gesehen. Während andere Westschweizer Kantone zur Zeit auf ihre Deutschschweizer Nachbarn zugehen, um zweisprachige Ausbildungen anzubieten, sollte der Kanton Bern den Reichtum, den die Begegnung zweier Sprachen und damit Kulturen bedeutet, voll ausschöpfen, anstatt Grenzen zu ziehen. Der Berner Jura kann davon ohne Identitätsverlust Nutzen ziehen. Die SPBE, die PSJB und die PSR sind sich der Hindernisse und Kosten einer Politik der Förderung der Zweisprachigkeit bewusst, wünschen aber, dass die Vorteile einer deutsch-französischen Region im Herzen Europas zur Geltung gebracht und ausgeschöpft werden. Ohne Belgien als schlechtes Beispiel anzuprangern, sind sie überzeugt, dass das Engagement für die Förderung des Verständnisses zwischen den Kulturen die Entwicklung der Region stärkt. Die Förderung der Zweisprachigkeit des Kantons muss daher Vorrang geniessen und in konkreten Umsetzungen münden. Die Stadt und Region Biel sind in dieser Frage führend. Der ganze Kanton muss anerkennen, was dabei auf dem Spiel steht.

3.2.3.2 Der Kanton Bern und die Schweiz

Die SPBE, die PSJB und die PSR betrachten den Kanton Bern mit seiner Zweisprachigkeit als wertvolle Verbindung zwischen Welsch- und Deutschschweiz. Die Nähe der beiden Sprachgemeinschaften begünstigt kantonsintern den kulturellen Austausch und das Erlernen der Partnersprache. Darüber hinaus kann der Kanton Bern mit seiner Präsenz in interkantonalen oder eidgenössischen, französisch- und deutschsprachigen Gremien die Interessen des Jurabogens (Arc jurassien) in den Bereichen Wirtschaft, Ausbildung, Verkehr, Energie, Gesundheit und Kultur einbringen. Der Kanton Bern besitzt vor allem gegenüber dem Kanton Waadt, mit dem ihn enge historische Bande verbinden, ein grosses politisches Gewicht. Der Kanton Bern trägt auch zur Wahrung eines gewissen Gleichgewichts zwischen Zürich und dem Genferseeraum bei. In Zeiten grenzüberschreitender Herausforderungen halten die SPBE, die PSJB und die PSR es für wesentlich,

⁹ Modellvorschlag für eine Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois, S. 21 (Original französisch).

¹⁰ Siehe Anhang.

diese Funktion zu vertiefen und der gesamten Region vermehrt zugute kommen zu lassen. Die Zweisprachigkeit des Kantons Bern leistet so eindeutig einen Beitrag zum gesamtschweizerischen Gleichgewicht und muss bewahrt werden.

3.2.3.3 Grenzen werden relativiert

Es liegt auf der Hand, dass die Kantonsgrenzen im Laufe der Geschichte und der Abfolge von Krisen gegenüber dem vergangenen Jahrhundert an Bedeutung eingebüsst haben. Wirtschaftliche Gegebenheiten, die Verkehrsentwicklung und die Bestrebungen neuer Generationen zeigen deutlich, dass die Mobilität zunimmt, dass Arbeits- und Wohnort häufig weit auseinander liegen und dass gemeinsame Kräfte und Wege vielversprechende Umsetzungen ermöglichen. So ist es möglich, den Weg der Zusammenarbeit und des Austausches zu beschreiten, ohne Grenzen zu verschieben, was die regionalen Gleichgewichte gefährden würde.

3.2.3.4 Bestgeeignete Lösung für die Zukunftsfähigkeit der Region

Die oben aufgeführten Beurteilungskriterien zeigen deutlich, dass es für die SPBE, die PSJB und die PSR nicht darum geht, sich für oder gegen eine bestimmte Piste in der institutionellen Studie der IJV auszusprechen, sondern dasjenige Projekt auszuwählen, das sich am besten eignet, um die Entwicklung des Berner Juras, Biels und der Region, des Kantons Bern und des Jurabogens (Arc jurassien) zu gewährleisten und dabei das gesamtschweizerische Gleichgewicht zu wahren. Dieser Weg kann durchaus originelle Aspekte aufweisen und sich an den Studien der IJV und der Vorstände sbb und CMJB orientieren. Wesentlich ist, die gesamte französischsprachige Bevölkerung der Region zu berücksichtigen und ihre Interessen zu beachten.

3.3. Analyse der drei Optionen

Die Analyse der IJV vergleicht den Status quo mit den beiden anderen Pisten (Optionen).

3.3.1 Piste „Status quo+“

Die „Status quo+“-Piste geht von der aktuellen Situation aus, beinhaltet jedoch einige wichtige Änderungen. Die Vorteile sind:

1. Entflechtung und Vereinfachung der politischen Strukturen des Berner Juras;
2. Struktur der Zusammenarbeit mit dem Jura oder anderen Regionen, Erweiterung der Verantwortlichkeiten des Bernjurassischen Rats (BJR);
3. gemeinsame Institutionen werden beibehalten und weiter entwickelt;
4. Perspektiven einer Regionalisierung im Jurabogen;
5. Fusionen von Gemeinden werden in Betracht gezogen;
6. Möglichkeit, die Umsetzung der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) auf die Regionalkonferenz abzustützen.

Die Identität des Jurabogens soll keineswegs künstlich forciert werden. Vielfache Zusammenarbeitsformen mit dem Kanton Jura oder mit dem Kanton Neuenburg, besonders in den Bereichen Kultur und Ausbildung, ermöglichen den Austausch und Realisierungen, die für das Leben der ganzen Region unerlässlich sind. Ein Kanton mit einer Million Einwohnern und mit effizienten Industriestrukturen, die den technologischen Fortschritt fördern, bildet einen günstigen Rahmen für die Wirtschaftsentwicklung des Berner Juras.

Die Einführung der Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois (BBSJB) wird die enge Zusammenarbeit unter den Gemeinden auf ein institutionelles Fundament stellen. Die Regionalkonferenz wird zur Durchführung einer innovativen Agglomerationspolitik in den verschiedensten Bereichen – Wirtschaft, Verkehr, Kultur und Bildung – beitragen. Die Piste „Status quo+“ verzichtet zwar auf die Schaffung einer Teilkonferenz für den Berner Jura, um *„unter der Ägide des BJR eine Koordinierungsplattform einzurichten, damit die Vertreter der Gemeinden und der Bernjurassische Rat eine klare Politik für den Berner Jura ausarbeiten können“*, schliesst aber die Schaffung einer Regionalkonferenz nicht aus. Im von der Piste „Status quo+“ vorgeschlagenen Rahmen ist jedoch auf die Wahrung und Festigung der Beziehungen des neuen Gebildes mit dem Kanton Jura zu achten.

In den gleichen Rahmen fällt die Gesundheitspolitik – ein heisses Eisen – für die unter anderem die Nähe des Spitalzentrums Biel von Vorteil ist. Die Option „Status quo+“ bedeutet für die französischsprachige Bieler Bevölkerung eine klare Zusage an die Beibehaltung der Zweisprachigkeit des Kantons, an die harmonische Entwicklung der Verbindungen zwischen Stadt und Region und an die Bewahrung ihrer Identität. Die Position des Kantons Bern wird gestärkt, weil dieser eine führende Rolle im Verhältnis zwischen Deutsch- und Westschweiz spielen kann.

Die erst undeutlich skizzierte Piste muss jedoch noch ausgefeilt werden. Eine gründlichere Studie könnte die Frage der Teilkonferenz Berner Jura, ohne Verzicht auf die regionale Dynamik, vertiefen. Zudem sollte darin geklärt werden, welche Verbindungen die Regionalkonferenz mit dem Jurabogen knüpft und welchen Stellenwert die interkantonalen Einrichtungen sowie die Vereinbarungen über die Zusammenarbeit einnehmen. Die der Bevölkerung des Berner Juras abgegebene Garantie, dass ihre Interessen allen anderen Erwägungen vorgehen, ihre Entscheidungen berücksichtigt und ihre Zukunft dauerhaft in einer Region verankert werden, die ihr Schicksal selbst in die Hände nimmt, ebnet die Bahn für die erwünschten neuen Kooperationen über die Region hinaus und vermeidet unnütze und simplifizierende Ängste.

Die Piste „Status quo+“ weist nach Auffassung der SPBE, der PSJB und der PSR auch Nachteile auf, die jedoch behoben werden können:

1. Der Berner Jura bildet eine kleine Sprachminderheit im Kanton Bern: Seine Bevölkerung macht nur 5,4% der gesamten Kantonsbevölkerung aus. Durch die Neudefinition der Zuständigkeiten und Rolle des Bernjurassischen Rats und der weiteren Gremien und regionalen Einrichtungen innerhalb der künftigen Regionalkonferenz und durch die Beteiligung der französischsprachigen Bewohner der Bieler Agglomeration und des Jurabogens an bestimmten Projekte lässt sich deren Einfluss im Kanton erhöhen.
2. Die Zweisprachigkeit ist ein Reichtum, der bewahrt und gefördert werden muss. Dazu müssen die lokalen und kantonalen Behörden den klaren politischen Willen zeigen und die erforderlichen Mittel bereitstellen.
3. Gemeindefusionen sind in jedem Modell schwierig zu bewerkstelligen. Sie festigen jedoch kleine lokale Institutionen und bringen eine neue Dynamik in Gang.

3.3.2 Piste „Entität mit sechs Gemeinden“

Nach der Annahme der parlamentarischen Initiative „*Un seul Jura*“ befasste sich die IJV mit dem Projekt eines Gebildes mit sechs Gemeinden. Diese Piste könnte in der Schaffung eines neuen lebensfähigen Kantons münden. Originell am Projekt ist, dass die Bezirke abgeschafft werden sollen, was zu erheblichen administrativen Erleichterungen und damit zu Einsparungen führen würde. Die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird darin klar definiert. Laut dem von der Universität Neuenburg (Prof. Jeanrenaud) erstellten Budget ist die neue Entität jedoch nur lebensfähig, wenn die von der IJV vorgeschlagene Struktur auf den Buchstaben genau eingehalten wird.

Laut Einschätzung der SPBE, der PSJB und der PSR besitzt dieses Projekt die unten aufgelisteten Vorteile, die angesichts der ausführlichen Beschreibung im IJV-Bericht hier nicht vertieft werden.

1. Die Option ist originell, neu und weckt deshalb Interesse. Sie entspricht den Erwartungen des Jura-Parlaments und stösst bei einem Teil der Bevölkerung der Region auf Interesse. Das neue Gebilde könnte zu einem politischen Laboratorium werden.
2. Innerhalb dieses Gebildes besäße der Berner Jura ein weit grösseres politisches Gewicht als im Kanton Bern: Seine Bevölkerung würde 45% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Sie bliebe aber weiter eine Minderheit. Die politischen Kräfte müssten sich neu definieren, um die Interessen der Gesamtregion auf die Ebene des Bundes zu tragen. Lokale Partikulärinteressen würden dem regionalen Interesse geopfert.
3. Es sind neue Gemeindestrukturen vorgesehen.
4. Das neue Gebilde würde die Kriterien der nachhaltigen Entwicklung erfüllen.

Die SPBE, die PSJB und die PSR weisen auf die folgenden Nachteile hin, die laut den gewählten Beurteilungskriterien für sie ausschlaggebend sind, nämlich:

1. Auch zusammengenommen würden Kanton Jura und Berner Jura (125'000 Einwohner) gemessen an der Schweizer Bevölkerung keine ausreichende kritische Masse bilden, um das Wohlergehen

- ihrer BewohnerInnen zu gewährleisten und deren Bedürfnisse in den unter Punkt 3.2.1.2 erwähnten Bereichen zu erfüllen. Das im Jurabogen angesiedelte neue Konstrukt müsste sehr enge Kontakte mit der Bieler Agglomeration und mit seinen Nachbarn unterhalten. Es würde in interkantonalen Verhandlungen nicht mehr vom Kanton Bern unterstützt (insbesondere in der Tertiärausbildung und in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Energie, Gesundheit und Kultur).
2. Der Berner Jura würde in der neuen Entität nicht mehr von den Wirtschaftsentwicklungsstrukturen Berns profitieren können. Eine interkantonale Wirtschaftsförderungspolitik ist heute schwer vorstellbar, weil die Kantone aus Konkurrenzgründen zuerst die eigenen Interessen verteidigen.
 3. Die Einnahmen im Budget des neuen Gebildes hängen von zwei wesentlichen Faktoren ab: Wirtschaftslage und Finanzausgleich auf Bundesebene. Die unsichere Wirtschaftslage bringt aber das finanzielle Gleichgewicht in Gefahr. Es fragt sich, ob das Budget eines Kantons mit 125'000 Einwohnern dieser Unsicherheit standhalten kann. Überdies bleibt die Frage des Finanzausgleichs weiter unklar. Selbst bei optimistischer Betrachtung beruht das vorgeschlagene Budget auf Unsicherheiten, welche die Relevanz der Piste "ein Kanton mit sechs Gemeinden" in Frage stellen.
 4. Die Schaffung einer neuen Entität mit sechs Gemeinden hätte eine völlige Umstellung der Verwaltung und folglich eine neue Verteilung der Arbeitsplätze zur Folge. Die SPBE, die PSJB und die PSR befürchten, dass dabei Verwaltungsangestellte entlassen würden, weil ja die Bezirke und Gemeinden aufgehoben und Einsparungen erzielt werden müssen. Eine korrekte Neuverteilung müsste Personen aus dem Berner Jura und aus dem Kanton Jura in gleichwertigem Ausmass leitende und subalterne Stellen anbieten. Es fragt sich, wie diese Gleichung ohne Kündigungen aufgeht.
 5. Der neue Kanton hat kein städtisches Zentrum. Er würde von den Vorteilen der Stadt Biel nicht mehr in gleichem Ausmass wie heute profitieren können. Dadurch würde er geschwächt.
 6. Die Frage der Situation der Stadt Biel und ihrer französischsprachigen BewohnerInnen wird nicht gelöst und der Reichtum der Zweisprachigkeit des Kantons Bern wird ernsthaft gefährdet. Die französischsprachige Bevölkerung der Bieler Agglomeration würde im Kanton Bern eine derart winzige Minderheit bilden, dass dieser seinen Status als zweisprachiger Kanton verlieren würde.

Angesichts der vorherigen Ausführungen stellen die SPBE, die PSJB und die PSR die Relevanz und vor allem die Machbarkeit eines neuen Kantons mit sechs Gemeinden in Frage. Die ideale Struktur gemäss der Beschreibung im IJV-Bericht könnte der Bevölkerung des Berner Juras erst dann zur Zustimmung unterbreitet werden, wenn alle Verfahren, die zur Schaffung der sechs Gemeinden führen, abgeschlossen sind. Eine solche Vorgehensweise müsste Teil eines breiten Prozesses bilden, welcher auch der Zukunft der Bieler Agglomeration Rechnung trägt. Wie würde wohl das Ergebnis aussehen?

4 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNG

Im Bewusstsein, dass die Bevölkerung und die Region von Spannungen und Kämpfen gezeichnet sind, welche sie nicht zurückwünschen, wollen die SPBE, die PSJB und die PSR mit ihrer Stellungnahme die Chancen des Dialogprozesses aufzeigen, den die Arbeiten der Interjurassischen Versammlung in Gang gebracht haben.

Ihre Sorge gilt in erster Linie der **Wahrung des Friedens** in der Region und der Verteidigung der **sozialdemokratischen Werte**. Somit stehen für die SPBE, die PSJB und die PSR das Wohlergehen der Bevölkerung und die Entwicklung der Region im Zentrum.

Am Ende ihrer Analyse sprechen sich die SPBE, die PSJB und die PSR für die Piste „Status quo+“ aus, weil diese

- die **Wahrung des Friedens** in der Region begünstigt;
- den Respekt sozialdemokratischer Werte für die Bevölkerung des Berner Juras fördert, nämlich **Arbeitsplätze, Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheit, Kultur und Umweltschutz**;
- besser in der Lage ist, die **Wirtschaftsentwicklung des Berner Juras** in einer Region zu garantieren, die den Berner Jura und Biel/Bienne-Seeland umfasst, und dies in einem Kanton mit einer Million EinwohnerInnen;
- die **Zusammenarbeit mit dem Kanton Jura sowie mit anderen Kantonen** begünstigt, z.B. im Rahmen von arcjurassien.ch;
- die **Aufteilung der politischen Kompetenzen** im Berner Jura klärt und vereinfacht;
- die Position des Berner Juras festigt und gleichzeitig die **Brückenfunktion des Kantons Bern** zwischen West- und Ostschweiz bewahrt;
- die Rolle der **Stadt Biel und ihrer französischsprachigen Einwohner** berücksichtigt, indem sie die Einführung der Regionalkonferenz (BBSJB) und damit den Aufbau einer wettbewerbstarke Region um die Stadt Biel herum ermöglicht;
- den Weg bereitet für die Studie eines noch näher zu definierenden **grenzüberschreitenden Raums mit europäischer Dimension** und damit Gelegenheit bietet, die Region des Jurabogens (Arc jurassien), welcher zwei Länder, verschiedene Kantone und zwei Sprachgemeinschaften umspannt, zu entwickeln;
- **weil für die Piste ein Kanton mit sechs Gemeinden ein zu teurer Preis bezahlt werden muss**; weil deren Verwirklichung Kündigungen zur Folge hätte und viel Zeit und Energie kosten würde, um zu kleine Strukturen ohne Wirtschaftszentrum zu bauen.

Die SPBE, die PSJB und die PSR ersuchen die zuständigen Behörden, die so genannte Piste „Status quo+“ zu vertiefen und dabei ihre Bemerkungen zu berücksichtigen. Sie befürworten das Aufgleisen eines zukunftsfähigen Projektes.

Die SPBE, die PSJB und die PSR bezweifeln nicht, dass der Bürgersinn aller betroffenen Partner überwiegen wird, so dass die vorgeschlagenen Verfahren eingehalten und in einem sachlichen, friedlichen und konstruktiven Klima durchlaufen werden. In diesem Sinn haben sie die vorliegende Stellungnahme verfasst.

Genehmigt durch die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern (SPBE), der Parti socialiste du Jura bernois (PSJB) und der Parti socialiste romand de Bienne (PSR)

Mai 2009